

Christine Lambrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

 christine.lambrecht@bundestag.de

 www.christine-lambrecht.de

Presseinformation

Lambrecht: Zukunft braucht Fakten statt Sprüche

Entgegnung auf die Äußerungen von CDU-Kreisgeschäftsführer Uwe Dietrich

Berlin/Viernheim, 19. November 2007 – Die Bergsträßer Bundestagsabgeordnete Christine Lambrecht hat die Aussagen des CDU-Kreisgeschäftsführers Uwe Dietrich zurückgewiesen. „Dietrich macht Sprüche, nennt aber keine Fakten, geschweige denn ein Konzept“, so Lambrecht. „Er spricht von Wissenschaftlern, die das SPD-Konzept für unseriös halten, nennt sie aber nicht. Er spricht davon, die SPD-Vorschläge seien unseriös, klimafeindlich und teuer, nennt aber kein einziges Argument warum. Alles nur Sprüche.“

Zukunftsfeste Politik braucht aber Fakten.

Fakt ist: Die Wende in der Energiepolitik ist dringender denn je.

Hauptverursacher des Klimawandels durch CO₂-Belastung sind die großen Stein- oder Braunkohlekraftwerke. Die Atomenergie ist keine Lösung des Problems, ihre Risiken sind unbeherrschbar. Die hessische SPD steht deshalb zum Atomausstieg. Beides ist möglich: Atomausstieg und Bekämpfung des Klimawandels.

Fakt ist: Viele Wissenschaftler und große Politiker haben die Notwendigkeit einer Energiewende längst erkannt.

Vom alternativen Nobelpreisträger Herman Scheer über Franz Alt bis hin zu Al Gore und dem Weltklimarat, den Trägern des konventionellen Nobelpreises, ist allen klar, dass wir un-



Christine Lambrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

 christine.lambrecht@bundestag.de

 www.christine-lambrecht.de

Presseinformation

sere Energieversorgung grundlegend ändern müssen. Aber Herr Dietrich fühlt sich schlauer als all die genannten zusammen.

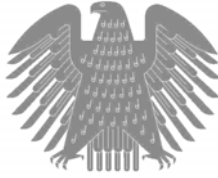
Fakt ist: Die Mehrheit ist für einen Ausstieg aus der Atomenergie.

Eine Forsa-Umfrage Ende August 2006 hat mit 62 % Atomausstiegsbefürwortern in Deutschland eine Mehrheit für den Atomausstieg ergeben. Zuletzt wurde im Dezember 2006 eine wissenschaftliche Studie der Philippsuniversität veröffentlicht, nach der Zwei Drittel der Deutschen am beschlossenen Atomausstieg festhalten oder ihn noch beschleunigen wollen. Nur 15 % der Deutschen befürworten einen verlangsamten Ausstieg aus der Atomenergie. Nicht einmal eine von acht Personen ist explizit für einen Wiedereinstieg. 37 % meinen hingegen, Deutschland solle an dem geplanten Atomausstieg bis zum Jahr 2023 festhalten. Immerhin 28 % sind der Ansicht, der Ausstieg sollte schneller vonstatten gehen. Ebenso zeigt eine Umfrage (Veröffentlichung Ende Januar 2006) innerhalb der EU unter 25.000 Bürgern, dass EU-weit abgesehen von Schweden und Finnland eher eine Stimmung für den Atomausstieg herrscht.

Fakt ist: Wir müssen weg von atomaren und fossilen Großkraftwerken:

Unser Ziel ist die dezentrale Energieproduktion in den Kommunen: durch viele kleine Anlagen in der Hand der Bürgerinnen und Bürger. Dort wird Erneuerbare Energie aus Sonne, Wind, Wasser und Biomasse gewonnen. So werden wir unabhängig von der Energieproduktion in den konventionellen Großkraftwerken der vier großen Monopolisten

Fakt ist: Die Wertschöpfung kommt zurück in die Region:



Christine Lambrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

 christine.lambrecht@bundestag.de

 www.christine-lambrecht.de

Presseinformation

Eine dezentrale Stromproduktion bringt neue Gewerbesteuer-einnahmen und schafft Arbeitsplätze. Durch unsere Förderung Erneuerbarer Energien in der Stromproduktion und dem Programm „Sonnenwärme für Gebäude“ entstehen bis zu 100.000 neue Arbeitsplätze. Mit diesen Spitzentechnologien sichern wir den Industrie standort Hessen für den Weltmarkt.

Fakt ist: Die Entscheidung über Standorte fällt in den Kommunen.

Wir bauen die willkürlichen landespolitischen Genehmigungs-blockaden ab und setzen auf das kommunale Engagement, für das es schon viele überzeugende Beispiele gibt.

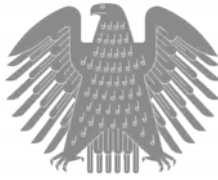
Fakt ist: Der Landschaftsverbrauch wird geringer.

Mit jedem abgeschalteten Großkraftwerk werden zahlreiche Hochspannungsmasten überflüssig. Für den Ausbau der Windenergie müssen wir deutlich weniger neue Anlagen errichten, als Hochspannungsmasten abgebaut werden können.

Fakt ist:

Fakt ist: Die SPD will:

- dass in den Kommunen über Windkraftprojekte entschieden wird,
- mit einem Landesenergieprogramm für den Ausbau regenerativer Energien sorgen, um Hessen vom Atomstrom unabhängig zu machen,
- den Ausbau von Hybridsystemen, um eine kontinuierliche Stromversorgung zu gewährleisten,
- Speicherformen, die Solarkraft, Windkraft, Wasserkraft, Biomasse und geothermische Energie kombinieren.



Christine Lambrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

 christine.lambrecht@bundestag.de

 www.christine-lambrecht.de

Presseinformation

Fakt ist: Die CDU in Hessen hat kein Konzept für eine zukunftsfähige Energiepolitik.

Sie hat in ihren Reihen viele Lobbyisten der Energiekonzerne aber keine Fachkompetenz. Uwe Dietrich hat keine Ahnung und hofft, das er wenigstens bei der Belegschaft eines Atomkraftwerks mit seinen substanzlosen Sprüchen landen kann. Aber auch dort ist die Erkenntnis viel weiter als er glaubt“.